

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Stellungnahme der Initiative Kiel Postkolonial zum Thema

„Aufarbeitung der Europäischen und Deutschen Kolonialgeschichte in Schleswig-Holstein“

Denn der Theoretiker muss versuchen, die unausgesprochenen, nicht dargestellten Vergangenheiten, welche die historische Gegenwart heimsuchen, vollständig zu realisieren und Verantwortung für sie zu übernehmen. (Homi K.Bhabha)

Die Initiative Kiel Postkolonial setzt sich für die Sichtbarmachung und Aufarbeitung kolonialer Kontinuitäten im Kieler Stadtbild ein. Mit unserer Arbeit wollen wir zur kritischen öffentlichen Diskussion über die anhaltende Ehrung kolonialrassistischer Akteur*innen durch Straßennamen und Denkmäler anregen. Wir sind ein freier Zusammenschluss von hauptsächlich *weißen* Engagierten und verstehen uns als Allies im Kampf gegen Rassismus. Unser Ziel ist es, die andauernde Geschichte *und* Gegenwart kolonialer Unterdrückung von Schwarzen Menschen und Personen of Color zu benennen, sowie die Geschichte des antikolonialen Widerstands sichtbar zu machen.

Seit über drei Jahren bieten wir in Kiel postkoloniale Stadtrundgänge und weitere Informationsangebote an. Hierzu recherchieren wir zu verschiedenen Aspekten des öffentlichen Lebens, hinterfragen den rassistischen Normalzustand in der Kieler Öffentlichkeit und sammeln Ideen und Anregungen, die wir auf einer interaktiven Straßenkarte von Kiel darstellen. Die große Nachfrage zeigt uns, dass wir mit diesem

ehrenamtlichen Angebot eine Lücke in der politischen Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein füllen.

Auch die vorliegende Drucksache 19/2005 bestätigt aufgrund ihrer Leerstellen die Dringlichkeit einer postkolonialen Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart Schleswig-Holsteins.

zu Frage 7:

Die Landesregierung sollte dringend Anreize schaffen und Projekte und Initiativen an Schulen fördern, die sich der Erinnerung und Aufarbeitung der deutschen und europäischen Kolonialherrschaft widmen. Über (deutschen) Kolonialismus ist fast gar kein Bewusstsein und zu wenig Allgemeinwissen vorhanden - das zeigt sich deutlich in aktuellen Entwicklungen und Debatten. Deutsche und europäische Kolonialgeschichte sind bisher unzureichend im Lehrplan (bzw. den Fachanforderungen) verankert. Die Kolonialgeschichte ist ein elementarer Lerninhalt, ohne welchen aktuelle gesellschaftliche Diskussionen, internationale Beziehungen und die Kontinuität rassistischer (Denk-)Muster nicht zu begreifen sind. Das Thema sollte daher Schüler*innen nicht nur im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg oder der "Welt seit 1945" vermittelt werden. Auch außerhalb des Schulfachs Geschichte sollten die ideologischen und strukturellen Verankerungen globaler Ungerechtigkeiten und eurozentristischer Perspektiven dringend stärker reflektiert werden. Koloniale Herrschaft durchzieht alle Fächer, z.B. Diskussionen um Kanonisierung der Literatur (Wer wird gelesen?), Biologie (Wie beeinflusst die Vermessung der Welt heutige Normalitätsvorstellungen?), Geographie (Was sind die Auswirkungen der Grenzziehungen in Folge des Nationalismus?), Geschichte (Wer schreibt Geschichte? Wessen Geschichte wird erzählt? In welcher Form besteht ein Zusammenhang zwischen der (deutschen) Kolonialzeit und dem Nationalsozialismus?). Die (deutsche) Kolonialgeschichte war nicht nur eine kurze historische Etappe, sondern wirkt bis heute nach und hatte auch maßgebliche Auswirkungen auf die NS-Zeit und damit einhergehende rassistische Ideologien. Daher sollten Fachanforderungen aller Fächer auf die o.g. Fragestellungen überprüft werden.

Es kann jedoch nicht damit getan sein, Lehrpläne umzuschreiben. In Kiel beginnen jedes Jahr mehrere Hundert Studierende ein Lehramtsstudium. Die entsprechende fachliche und pädagogische Qualifizierung für eine sensible und kritische Lernbegleitung zu dieser Thematik muss in der Lehramtsausbildung verankert werden. Denn wie sollen Lehrkräfte ein

Bewusstsein für das Ausmaß der (deutschen) Kolonialgeschichte vermitteln, wenn sie es selbst nicht haben? Lehrkräfte sollten außerdem auch nach ihrer abgeschlossenen Ausbildung die Möglichkeit haben, sich zu solchen Themen fortzubilden.

Viele Schulen in Schleswig-Holstein sind mittlerweile "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". In diesem Zusammenhang könnten Projekte gefördert und durchgeführt werden, die sich speziell mit dem Thema der Kolonialzeit auseinandersetzen. Der Zusammenhang zwischen Kolonialisierung, Kolonialen Kontinuitäten und (aktuellen) Rassismen sollte unbedingt thematisiert werden, wenn eine Schule diesen Titel trägt.

zu Frage 10

Die Landesregierung verweist unter anderem auf die Ausstellung "Nolde in der Südsee" im Landesmuseum Schloss Gottorf im September 2017 als eine Ausstellung, die "sich mit der deutschen Kolonialvergangenheit im Allgemeinen und der Rolle regionaler Kolonialakteure im speziellen beschäftigt" habe. Die Ausstellung zeigt aus unserer Sicht exemplarisch, dass die kritische Reflexion postkolonialer Perspektiven gravierend zu oberflächlich bleibt.

Zwar wurde in begleitenden Texttafeln auf den historischen Kontext hingewiesen, in dem die ausgestellten Exponate entstanden sind, dies geschah jedoch in unzureichender Form und wie im Text formuliert "(...) vor allem den Künstler betreffend." Wenn sich Ausstellungen mit dem Thema Kolonialzeit beschäftigen oder Kunst ausstellen, die in dieser Zeit entstanden ist, dann müssen sich beteiligte Personen immer auch die Frage stellen, welche Geschichte erzählt werden soll. Welche Fragen wollen beantwortet werden? Welche Seite von Künstler*innen soll beleuchtet werden? So blieben z.B. zahlreiche Fotos von Nolde, die ihn in der Manier der Kolonialherren stehend oder sitzend umgeben von unbedeckten Schwarzen Menschen, die auf dem Boden knien oder sitzen, zeigen, unkommentiert. Die Ausstellung hätte die Chance geboten, eine ganz andere Geschichte zu erzählen. Das war aber wohl nicht beabsichtigt. Von mangelnder interkultureller Kompetenz zeugt auch das Angebot für Kinder, sich im Rahmen der Ausstellung Schmuck aus Glas- und Holzperlen zu basteln. Sollte dies eine Möglichkeit darstellen, ein bisschen selbstgemachten Exotismus mit nach Hause zu nehmen um sich der Differenz von Eigenem und Anderem zu vergewissern? In Zeiten kolonialer Landnahme war es durchaus üblich, dass Land "abgekauft" wurde - unter anderem mit billigen Glasperlen.

Ausstellung des Kieler Stadtmuseums „China-Fahrt“

Auch die Ausstellung „China-Fahrt“ des Kieler Stadtmuseums zeigte als weiteres Beispiel, dass eine tiefergehende kritische Reflexion unbedingt erforderlich ist. So haben die Hinweise zu den Exponaten vielfach suggeriert, rein deskriptiver, vermeintlich neutraler Natur zu sein. Alle Dokumente, Gegenstände, Bilder und Hörbeispiele der Ausstellung trugen jedoch durch ihren historischen Kontext einen normativen Ballast mit sich, den sie nicht bedenkenlos abwerfen konnten: Zum Beispiel wurden mehrere Seidenstickbilder gezeigt, die Soldaten als Erinnerung an ihre Dienstzeit für die deutsche Marine dienten. Es war interessant, Näheres über die Herstellung dieser Stickereien zu erfahren. Allerdings fehlte der Hinweis auf die in ihnen ausgedrückte Romantisierung von Kolonialismus und Nationalismus. Die Rolle der Soldaten als Akteur*innen in einer gewaltvollen Kolonisierung wurde aus unserer Perspektive an dieser Stelle nicht ausreichend beleuchtet. Die Stickereien waren der Versuch einer heroischen Selbstdarstellung im Geiste des europäischen Überlegenheitsdenkens – der deutsche Reichsadler, der auf einigen Stickereien den ‚chinesischen Drachen‘ in seinen Fängen hält, konnte hierfür als symbolischer Ausdruck gelten. Teilweise wirkten die feinsäuberlich in Glasvitrinen angeordneten Exponate museal und statisch. Dies reproduzierte einen bis heute wirkmächtigen kolonialen Blick, der das ‚exotisierte Fremde‘ als Anschauungsobjekt hinter einer gläsernen Barriere inszenierte. Die Gegenstände wurden dadurch historisiert, als Teil einer vermeintlich längst abgeschlossenen Vergangenheit, obwohl sie im Alltagsleben unserer heutigen Gesellschaft bspw. in Form von Straßennamen oder dominanten Denk- und Handlungsweisen weiterhin eine prägende Rolle spielen (Iltisstraße, Prinz-Heinrich Straße etc.). In der Ausstellung ‚Deutscher Kolonialismus‘ des Deutschen Historischen Museums in Berlin wurde dieser Problematik durch kritische Kommentare sowie eine alternative Darstellungsweise Rechnung getragen, z.B. durch eine unsortierte und entglorifizierende Anordnung von Kolonialparaphernalien.

In der ‚Chinafahrt‘-Ausstellung wirkten die Exponate allerdings zum Teil wie nonchalante Urlaubsfotos und ‚exotische‘ Mitbringsel, was sich auch in Semantik und Stil der Begleittexte widerspiegelte: „Als Erinnerung an ihre überseeische Fahrt in ein damals noch weitgehend unbekanntes Land, brachten sie sich viele Erinnerungsstücke mit.“ ‚Überseeische Fahrt‘? Offiziell eine militärische Strafexpedition des Kaiserreiches. ‚Weitgehend unbekanntes Land‘? Nur aus Sicht einer eurozentristisch-hegemonialen Vermessung der Welt. Schon der Ausstellungstitel wirkte verharmlosend für eine koloniale Militärmission: Die ‚Chinafahrt‘

war keinesfalls eine legitime Zivilisationsmission, die ‚Recht und Ordnung‘ in die Kiautschou-Bucht brachte. Sie führte vielmehr zur Installation eines willkürlichen Kolonialregimes. Diese Problematik blieb indes in der Ausstellung keinesfalls unbenannt. Aufgezeigt wurde sie beispielhaft durch den kritischen Verweis auf die Beliebtheit der gewaltverherrlichenden Bestrafungs- und Hinrichtungsfotografien als Souvenirs der deutschen Marinesoldaten. Dieser Kommentar demaskierte die Hypokrisie der vermeintlich ‚zivilisierten‘ Deutschen gegenüber den angeblich ‚barbarisch-brutalen‘ Bestrafungspraktiken der kolonisierten Bevölkerung. Umso erstaunlicher war es daher für uns, dass sich eine derart kritische Offenlegung von Widersprüchen kolonialer Legitimationsdiskurse nicht als roter Faden durch die gesamte Ausstellung gezogen hat.

Es wäre aus unserer Ansicht nach unbedingt geboten gewesen, an einigen Stellen sensibler mit der symbolischen Gewalt umzugehen, die besonders in Bild- und Textmaterialien transportiert wurde: so ließe sich der sogenannte ‚Boxeraufstand‘ als Fremdbezeichnung der Kolonialmächte für die Yihetuan-Bewegung kritisch thematisieren. Trotz des Hinweises auf die einseitige Darstellung innerhalb der Ausstellung ist es für zukünftige Ausstellungen unbedingt erforderlich, weiterführende Hinweise auf die Perspektive der Kolonisiert*innen und nicht-militärischen Akteur*innen zur Verfügung zu stellen.

Stattdessen wirkte die Ausstellung aufgrund (Fokus aus ‚schönen‘ Truppenalltag) Beschreibungen von Militäraktionen und Seefahrtstechniken eher technozentriert und trug so zu einer schleichenden Euphemisierung der kaiserlich-deutschen Marine bei. So wurde es überwiegend versäumt, ihre Rolle als koloniales Instrument zu problematisieren.

Die meist unkommentierte Darstellung der Militärperspektive setzte zugleich fortgeschrittene Vorkenntnisse über die deutsche Kolonialgeschichte für eine kritische Selbstreflexion der Besucher*innen voraus. Fraglich ist es daher, welche Zielgruppen mit dieser Ausstellung angesprochen werden sollten. An der Beantwortung dieser Frage muss sich messen lassen, ob eine Ausstellung, die nur die Perspektive der Kolonisator*innen reproduzierte, als ein sinnvoller Beitrag für eine kritisch-aufklärende Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte geeignet war.

zu Frage 12

Nur weil "Erforschung der kolonialen Vergangenheit" auf dem Etikett steht, ist nicht automatisch eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen/europäischen Kolonialgeschichte drin. Das sei hier am Beispiel zweier von der Landesregierung in Bezug auf Frage 12 der Großen Anfrage erwähnten Forschungsaktivitäten an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verdeutlicht:

Für den Erhalt des erwähnten Afrika-Asien-Studienzertifikats muss eine Mindestanzahl an Credit Points zusätzlich zu den eigentlichen Studieninhalten erreicht werden. Die Vorlesungen und Seminare dazu können aus einem Katalog frei gewählt werden. Die Darstellung in der Antwort auf die Große Anfrage impliziert, dass sich Studierende für den Erhalt des Afrika-Asien-Studienzertifikats mit der Kolonialgeschichte auseinandergesetzt haben müssen. Dies ist nicht der Fall. Es ist durchaus möglich, das Zertifikat abzuschließen, ohne sich damit auseinandergesetzt zu haben, was die Kolonialzeit für die zahlreichen sehr unterschiedlichen Länder in Afrika und Asien bedeutet hat, bedeutet und auch in Zukunft noch bedeuten wird.

Weiterhin heißt es in der Drucksache 19/2005: "Das Historische Seminar beschäftigt sich in mehrfacher Weise mit der Kolonialgeschichte des Landes. So gehört die historische Erforschung der kolonialen Vergangenheit mit zum Kern der Forschung und Lehre an der Professur für Außereuropäische Geschichte." Das Historische Seminar beschäftigt sich unter anderem mit dem kolonialen Wirken Dänemarks - z.B. in Indien. Auch im Hinblick auf universitäre Lehre ist es unabdinglich, die Frage zu stellen, welche Forschungsfragen leitend sind, zu welcher Perspektive geforscht wird. Sonst passiert es schnell, dass, wie bei einer Indien-Exkursion 2019 mit dem Schwerpunktthema Dänischer Kolonialismus in Indien geschehen, zwar Gräber, Bauwerke und Stadtteile auf den Spuren der Dänen besucht werden, nicht aber eine kritische Perspektive hinsichtlich der Folgen der Kolonialisierung für die Indische Bevölkerung in den Blick genommen wird.

zu Frage 13 – 19

In Bezug auf die Fragen 13 - 19 der Großen Anfrage sei auf folgendes hingewiesen: Schleswig-Holstein hat eine koloniale Vergangenheit. Diese beschränkt sich weder auf einzelne Personen noch auf die deutschen Kolonien (die erst ab 1884 existierten). Schleswig-

Holsteiner*innen haben auch zuvor bereits in Kolonien gewirkt und in einigen Gebieten auf die spätere „offizielle“ Kolonisierung hingewirkt. Des Weiteren profitierte insbesondere die besser gestellte Bevölkerung auf den verschiedenen Gütern finanziell enorm von Unterdrückung, Ausbeutung und Sklaverei. Nicht nur als Vertreter*innen des deutschen Kaiserreichs, sondern auch im Namen der dänischen Krone und in von anderen Kolonialmächten unterdrückten Gebieten, haben Schleswig-Holsteiner*innen weltweit ihre wirtschaftlichen, militärischen und religiösen Interessen durchgesetzt.

Zunächst ist natürlich Heinrich Carl von Schimmelmann zu nennen. Dieser ist durch Sklaverei zu Reichtum gekommen und sanierte damit bspw. die Familien Reventlow und Baudissin auf den Gütern Knoop und Emkendorf. Seine finanziellen Grundlagen beförderten den intellektuellen Austausch des Emkendorfer Kreises um Klopstock und Boie.

An der Nordseeküste ist außerdem das Erbe Sönke Nissens nicht zu umgehen, der am Eisenbahnbau und Diamantraub in Namibia beteiligt war.

Darüber hinaus sind in der Landeshauptstadt Kiel zahlreiche koloniale Kontinuitäten zu finden, die insbesondere in Straßennamen deutlich werden. Hierbei sind neben den zahlreichen Straßennamen in Kiel-Gaarden, die nach Kriegsschiffen aus der Zeit der sogenannten kolonialen Eroberungen (s.u.) benannt sind, besonders folgende Straßen zu nennen:

Nachtigalstraße: Gustav Nachtigal (Reichskommissar) war maßgeblich an der Kolonialisierung Westafrikas beteiligt.

Woermannstraße: Adolph Woermann war Reeder (Heute: Afrika-Linien) und hat mit seinem Unternehmen, der Woermann-Linie unter anderem für militärischen Nachschub zur Niederschlagung des Freiheitskampfes der Nama und Herero gesorgt. Diese endete bekanntlich im Genozid.

Wissmannstraße: Hermann von Wissmann hat beispielsweise als Reichskommissar den Widerstand im sogenannte Deutsch-Ostafrika (heute Tansania) organisiert.

Lüderitzstraße: Gustav Lüderitz wurde durch Betrug zum ersten Großgrundbesitzer im heutigen Namibia und hat so die Grundlage zur Kolonialisierung des heutigen Namibias beigetragen.

Hierbei ist besonders darauf hinzuweisen, dass schon mehrere Straßennamen in diesem Viertel geändert worden sind (Carl-Peters-Straße zu Albert-Schweitzer-Straße im Jahr 2007; Lettow-Vorbeck-Straße zu Heinrich-Hertz-Straße im Jahr 1947; Ritter-von-Epp-Straße in Verdieckstraße im Jahr 1947).

Für Schleswig-Holstein mit seinen maritimen Bezügen wäre insbesondere geboten, die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit der Marine zu unterstützen. Schleswig-Holsteiner*innen liefen aus dem Kieler Hafen aus, um außerhalb deutscher Gewässer "Handelsinteressen" zu sichern. Sie kehrten nicht nur mit Raubgütern zurück, sondern auch mit Machtansprüchen und menschenverachtenden Vorurteilen, die das koloniale Gedächtnis im Norden teils bis heute prägen. Die Schiffe der kaiserlichen Marine sind Symbol eines deutschen Machtanspruchs außerhalb des eigenen Staates. Deren immer noch andauernde Ehrung sollte daher nicht länger hingenommen werden. Straßen und Plätze wie Herthastraße, Hansastraße, Medusastraße, Iltisstraße, Vinetaplatz, Gazellestraße um nur einige zu nennen, bedürfen dringend einer kreativ- kritischen Diskussion.

Fragen an die Marine stellen sich auch bei der Betrachtung des Denkmals für gefallene Seesoldat*innen an der Kiellinie. Die Inschrift besagt, dass Seesoldaten ihr Leben unter anderem in der damaligen deutschen Kolonie Tsingtau "für euch" ließen. Wir hoffen, dass in unserem Namen keine dieser sinnlosen Kriege geführt worden sind. Der Tirpitzhafen in Kiel erinnert durch seine Namensgebung an Alfred Tirpitz, der die Expedition leitete, die schließlich zur Kolonisierung von Tsingtau führte. Die Planungen zur Umbenennung sollen unbedingt weiter verfolgt werden.

Welche neuen Namen?

Die Vergangenheit soll nicht vergessen werden, daher muss bei Umbenennungen der thematische Bezug erhalten bleiben. Der Widerstand gegen Kolonialismus als gewaltvolle Herrschaftsform muss in der Neubenennung sichtbar werden. Dies erfordert Forschung, Recherche und Reflektion, da Namen des Widerstands in der kolonial geprägten Geschichtsschreibung ausgeblendet werden. Es ist unbedingt erforderlich, dass an einem Umbenennungsprozess Selbstorganisationen beteiligt werden. Z.b. Sisters - Frauen für Afrika, die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, EmPoC - Hochschulgruppe für Empowerment von People of Color, um nur einige Beispiele zu nennen.

Spezifisch auf die Situation in Schleswig-Holstein zugeschnittene Kolonialismusforschung, politische Bildung und Erinnerungskultur zu fördern ist in Anbetracht der genannten Aspekte erforderlich. Hier sehen wir konkret die Landesregierung in der Verantwortung. Bestehende historische Wissenschaft und Pädagogik können zwar Einblicke in die entsprechenden geschichtlichen Episoden geben, beleuchten postkoloniale Perspektiven aber nicht ausreichend. Wir fordern dazu die Einrichtung einer Forschungsstelle zur Kolonialgeschichte des heutigen Schleswig-Holsteins an einer der schleswig-holsteinischen Hochschulen.

Vorgehensweise bei Umbenennungen

In Bezug auf die Umbenennung von Straßen, Einrichtungen etc. vertreten wir die Ansicht, dass jeder Einzelfall diskutiert werden sollte. Bei Straßennamen muss die Diskussion mindestens in der gesamten Gemeinde oder Stadt geführt werden. Eine Befragung nur der Anwohner*innen der betroffenen Straße ist nicht zielführend, da ein Straßename die gesamte Gemeinde repräsentiert und Anwohner*innen befangen sind. Diskussionen um Umbenennungen und bereits erfolgte Umbenennungen in anderen Städten zeigen, dass die Haltung der Kommune/Stadtverwaltung in solchen Prozessen entscheidend ist. Welche Anreize können geschaffen werden, dass Bürger*innen einer Umbenennung nicht nur deshalb ablehnend gegenüberstehen, weil sie einen organisatorischen Mehraufwand befürchten? Wer übernimmt die Kosten für notwendige Änderungen in Reisepässen und Personalausweisen? Werden hierfür extra Termine bereitgestellt? Gibt es Unterstützungsmöglichkeiten für Menschen, die durch eine Umbenennung von Straßennamen einen finanziellen Mehraufwand zu verzeichnen haben (Visitenkarten, Werbung...)?

zu Frage 20

Folgender Satz stammt aus der Antwort der Landesregierung zu der Frage nach heute bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und ehemaligen deutschen Kolonien:

"Qingdao gehört heute zur Provinz Shandong. Von 1898 bis 1914 gehörte die Stadt zu einem vom Kaiserreich China an das Deutsche Kaiserreich verpachteten Gebiet im Süden der

Shandong-Halbinsel an der chinesischen Ostküste(Kiautschou)." Dieser Sachverhalt ist leider sehr ungünstig ausgedrückt.

Nachdem die Bucht Kiautschou im Jahr 1896 durch das in Kiel in See gestochene Ostasiengeschwader unter der Leitung von Alfred Tirpitz als geeignet für eine Kolonie in China befunden wurde, wurde die Region im Jahr 1897 von etwa 700 deutschen Marinesoldaten besetzt. Als Grund für die Besetzung wurde die vorhergehende Ermordung von zwei deutschen Missionaren genannt. Im Jahr 1898 schließlich wurde die chinesische Regierung unter Androhung von Gewalt dazu gezwungen, einen Pachtvertrag zu unterschreiben, der besagte, dass das Gebiet damit für die kommenden 99 Jahre dem deutschen Kaiserreich unterstand. In der Folge kam es zu Zwangsumsiedelungen der chinesischen Bevölkerung und der Ansiedelungen von Deutschen. Eine Marinebasis sowie zahlreiche Werften und Eisenbahnstrecken wurden gebaut, um die Kolonie auszubauen und zu sichern. Als sich Teile der chinesischen Bevölkerung durch die Organisation des sogenannten Boxeraufstandes gegen die Besetzung wehren wollten, wurde dieser höchst brutal und blutig niedergeschlagen.

Vor dem Hintergrund dieser von Gewalt und Unterwerfung geprägten Geschichte, scheint uns der Verweis, das Gebiet sei von der chinesischen Regierung an das deutsche Kaiserreich verpachtet worden, als unangemessen.

Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme zu einigen Antworten der Landesregierung die Dringlichkeit einer umfassenden Auseinandersetzung mit Kolonialen Kontinuitäten im Kieler Stadtbild sowie in Kunst und Wissenschaft im Allgemeinen deutlich gemacht hat und wir so zu einer differenzierteren Diskussion über die „Aufarbeitung der Europäischen und Deutschen Kolonialgeschichte in Schleswig-Holstein“ beitragen können.

Kiel Postkolonial